

Sitzung vom
7. April 2020

Mitgeteilt den
14. April 2020

Protokoll Nr.
256

Coronavirus (COVID-19)

Sicherstellung der Finanzierung der Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung

1. Regelung zur Sicherstellung notwendiger familienergänzender Kinderbetreu- ung für Kinder im Vorschulalter

Der Bundesrat hat am 16. März 2020 aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus die Situationen als «ausserordentliche Lage» gemäss Epidemienengesetz erklärt. Die bundesrätliche Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung 2; SR 818.101.24) legt in Art. 5 Abs. 3 und 4 fest, dass die Kantone für die notwendigen Betreuungsangebote für Kinder sorgen. Besonders gefährdete Personen dürfen dazu nicht eingebunden werden. Kindertagesstätten dürfen nur geschlossen werden, wenn die zuständigen Behörden andere geeignete Betreuungsangebote vorsehen. Diese bundesrechtliche Regelung ist am 17. März 2020 in Kraft getreten und gilt voraussichtlich bis zum 19. April 2020. Der Vollzug liegt bei den Kantonen.

Die Regierung des Kantons Graubünden hat im Regierungsbeschluss vom 18. März 2020 (Prot. Nr. 229) festgelegt, dass die Anbieter der familienergänzenden Kinderbetreuung ihren Betrieb unter Berücksichtigung der Massnahmen zum Schutz gegen das Coronavirus des Bundesamts für Gesundheit weiterführen. Die Anbieter der familienergänzenden Kinderbetreuung sorgen für Betreuungsangebote für Kinder, sofern eine private Betreuung nicht möglich ist.

2. Handlungsbedarf

Die Finanzierung der Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung erfolgt im Kanton Graubünden gemäss dem Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden (KIBEG; BR 548.300) mittels Beiträgen der Wohnsitzgemeinde, des Kantons und Beiträgen der Erziehungsberechtigten. Der Bedarf an familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten ist auch während der ausserordentlichen Lage weiterhin gegeben. Zudem besteht die Pflicht, dass die Angebote aufrechterhalten werden. Die ordentlichen Beiträge an die Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung werden durch die Gemeinden und den Kanton deshalb weiter ausgerichtet.

Die festgelegten Massnahmen des Bunds zur Bekämpfung des Coronavirus führen für die Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung und die Leistungsbeziehenden zu einem Zielkonflikt. Einerseits besteht für die Anbietenden die Pflicht, dass die Angebote aufrechterhalten werden. Andererseits werden die Familien verpflichtet, die Kinder wenn möglich privat zu betreuen, damit die Ausbreitung des Coronavirus eingedämmt werden kann.

Aufgrund der Einschränkung des Bezugs der Betreuungsleistung durch Familien, welche ihre Kinder privat betreuen können, wird die Fortsetzung der Rechnungsstellung an diese Erziehungsberechtigten kritisch beurteilt, auch wenn die Betreuungsverträge ihre Gültigkeit behalten und die Beiträge der Erziehungsberechtigten rechtlich geschuldet sind. Es zeichnet sich ab, dass Einnahmeausfälle aufgrund ausbleibender Beiträge der Erziehungsberechtigten entstehen.

Für alle betroffenen Betreuungsangebote sind die dadurch entstandenen finanziellen Einbussen existenzbedrohend. Den Angeboten, auch jenen mit reduziertem Betrieb, entstehen finanzielle Einbussen, weil ihre Einnahmen aus den Beiträgen der Erziehungsberechtigten gesunken sind, während die Fixkosten weiterlaufen. In der Folge zeichnet sich eine Finanzierungslücke ab, welche die betriebliche Existenz der Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung gefährdet.

3. Finanzielle Auswirkungen

Der Normkostensatz der Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung beträgt pro Kind und Betreuungsstunde aktuell Fr. 9.05 pro Stunde. Die Wohnsitzgemeinden und der Kanton beteiligen sich an den Normkosten mit je 20 Prozent (bestehende Angebote) oder 25 Prozent (neue Angebote). Der übrige Aufwand muss durch die Beiträge der Erziehungsberechtigten gedeckt werden. Diese entsprechen ca. 60 Prozent der Einnahmen.

Die Tarife müssen gemäss dem Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern gestuft sein. Das Maximum beträgt 120 Franken pro Tag.

Im Jahr 2019 wiesen die Kinderbetreuungsangebote insgesamt Kosten in der Höhe von ca. 17,3 Millionen Franken aus. Davon wurden durch den Kanton und die Gemeinden rund 40 Prozent bzw. 6,9 Millionen Franken finanziert. Der Restbetrag von ca. 10,4 Millionen Franken wurde durch Elternbeiträge und teilweise in einem sehr kleinen Umfang durch Spenden getragen.

Aufgrund der Massnahmen der COVID-19-Verordnung 2 zeigt sich, dass sich die Auslastung der familienergänzenden Kinderbetreuungsangebote zwischen 20 und 60 Prozent bewegt. Die Organisationen haben den Betrieb entsprechend reduziert und Kurzarbeit angemeldet. Dadurch konnten die Aufwendungen der Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung reduziert und die Arbeitsplätze gesichert werden. Trotzdem ergibt sich aufgrund ausbleibender Beiträge der Erziehungsberechtigten über alle familienergänzenden Kinderbetreuungsangebote im Kanton eine geschätzte Finanzierungslücke von 220 000 bis 270 000 Franken pro Monat.

Die sich abzeichnenden Defizite sind für die Trägerschaften der familienergänzenden Kinderbetreuungsangebote nicht tragbar und gefährden den Betrieb der Angebote. Eine ausserordentliche Finanzierung ist deshalb notwendig.

Insgesamt wird mit einem finanziellen Mehrbedarf von rund einer Million Franken gerechnet. Die Gemeinden beteiligen sich daran nach dem geltenden Finanzierungsschlüssel mit 50 Prozent. Der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats wird

ein entsprechender Nachtragskredit von brutto maximal einer Million Franken beantragt. Sollten die Massnahmen des Bunds länger als drei bis vier Monate andauern, müsste ein neuerlicher Nachtragskredit beantragt werden.

Auf Ebene des Bunds werden Finanzhilfen zugunsten der Angebote für die familienergänzende Kinderbetreuung ebenfalls diskutiert. Sollte der Bund die Einnahmeausfälle der Angebote ebenfalls unterstützen, verringert sich der Finanzbedarf für den Kanton entsprechend.

4. Rechtliche Regelung

Das KIBEG bildet die rechtliche Grundlage für die reguläre Finanzierung der familienergänzenden Betreuungsangebote durch den Kanton, die Gemeinden und die Erziehungsberechtigten.

Eine ausserordentliche Finanzierung der Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung aufgrund exogener Faktoren, wie den Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus, sieht das KIBEG nicht vor.

Gestützt auf Art. 48 der Verfassung des Kantons Graubünden (KV; BR 110.100) ist deshalb der Erlass einer Notverordnung notwendig, welche die ausserordentliche Finanzierung der familienergänzenden Betreuungsangebote im Kanton Graubünden infolge des Coronavirus regelt. Sie ist nachträglich durch den Grossen Rat zu genehmigen. In der Notverordnung sind der Zweck, die Voraussetzungen, der Umfang, die Finanzierung und die zuständige Stelle für Abwicklung der ausserordentlichen Finanzhilfen festgelegt.

5. Verordnung zur ausserordentlichen Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden infolge des Coronavirus (Kantonale COVID-19-KIBE-Verordnung)

Art. 1 Zweck und Gegenstand

Diese Verordnung hat zum Ziel, die durch die Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung entstandenen negativen

wirtschaftlichen Auswirkungen zu verringern, eine nachhaltige Schädigung der Betreuungsangebote zu verhindern und so zu deren Erhalt beizutragen.

Diese Verordnung sieht als Unterstützungsmassnahmen ausserordentliche Finanzhilfen für Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung vor, welche aufgrund von Art. 5 Abs. 3 und 4 der COVID-19-Verordnung 2 das notwendige Betreuungsangebot für Kinder sicherstellen.

Art. 2 Voraussetzungen

Ausserordentliche Finanzhilfen werden für Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung gewährt, welche über eine Bewilligung zur Heimpflege gemäss Art. 2 Abs. 1 lit. a des Pflegekindergesetzes (BR 219.050) und eine Beitragsanerkennung gemäss Art. 8 KIBEG verfügen.

Familienergänzende Kinderbetreuungsangebote, die von der öffentlichen Hand betrieben werden, erhalten keine ausserordentlichen Finanzhilfen. Ausserordentliche Finanzhilfen werden nur gewährt, wenn die Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung das notwendige Betreuungsangebot sicherstellen und betrieblich mögliche Massnahmen zur Minderung des Defizites eingeleitet haben.

Art. 3 Umfang der Finanzhilfen

Ausserordentliche Finanzhilfen werden maximal im Umfang der entgangenen Beiträge der Erziehungsberechtigten ausgerichtet, welche die Betreuung der Kinder während der Dauer der Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus privat organisiert haben. Als entgangene Beiträge gelten jene Tarife, die die Erziehungsberechtigten den Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung schulden.

Die Ersatzleistungen der Sozialversicherungen und ausserordentliche Erträge werden von den Finanzhilfen in Abzug gebracht. Ein allenfalls entgangener Gewinn wird nicht abgegolten.

Art. 4 Finanzierung

Die Finanzierung der ausserordentlichen Finanzhilfen an Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung erfolgt durch den Kanton sowie durch die Wohnsitzgemeinden, entsprechend der in Art. 1 KIBE-Gesetz festgelegten Verbundaufgabe mit je 50 Prozent. Gestützt auf Art. 6 Abs. 2 KIBE-Gesetz hat sich die Wohnsitzgemeinde mindestens im gleichen Umfang wie der Kanton an der Beitragsfinanzierung zu beteiligen.

Art. 5 Einreichung der Gesuche

Gesuche um die Gewährung von ausserordentlichen Finanzhilfen sind beim Sozialamt des Kantons Graubünden einzureichen.

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt rückwirkend auf den 17. März 2020 in Kraft. Sie gilt für die Dauer von sechs Monaten ab Inkrafttreten.

Die Regierung beschliesst:

1. Die Verordnung zur ausserordentlichen Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden infolge des Coronavirus (Kantonale COVID-19-KIBE-Verordnung) wird erlassen.
2. Die ordentlichen Beiträge an die Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung werden durch die Gemeinden und den Kanton gemäss dem Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden (KIBEG; BR 548.300) im 2020 weiter ausgerichtet.

Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen der unterstützten Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung kann das Sozialamt im 2020 Vorschusszahlungen leisten.

3. Mitteilung an:

- Alle Gemeinden
- Anbieter der familienergänzenden Kinderbetreuung (mittels separaten Schreibens durch das SOA)
- Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
- Departement für Finanzen und Gemeinden
- Finanzkontrolle
- Finanzverwaltung
- Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit
- Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität
- Geschäftsprüfungskommission
- Kommission für Gesundheit und Soziales
- Kantonaler Führungsstab
- Standeskanzlei (zur Publikation im Kantonsamtsblatt, Rubrik AGS, sowie zur Veranlassung der nachträglichen Genehmigung der Regelungen durch den Grossen Rat)
- Departement für Volkswirtschaft und Soziales



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "Chr. Rathgeb".

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

Verordnung zur ausserordentlichen Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden infolge des Coronavirus (Kantonale COVID-19-KIBE-Verordnung)

Vom 7. April 2020

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: –
Geändert: –
Aufgehoben: –

Gestützt auf Art. 48 der Kantonsverfassung

von der Regierung erlassen am 7. April 2020

I.

Art. 1 Zweck und Gegenstand

¹ Diese Verordnung hat zum Ziel, die durch die Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung entstandenen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen zu verringern, eine nachhaltige Schädigung der Betreuungsangebote zu verhindern und so zu deren Erhalt beizutragen.

² Diese Verordnung sieht als Unterstützungsmassnahmen ausserordentliche Finanzhilfen für Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung vor, welche aufgrund von Artikel 5 Absatz 3 und Absatz 4 der Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19)¹⁾ das notwendige Betreuungsangebot für Kinder sicherstellen.

¹⁾ [SR 818.101.24](#)

Art. 2 Voraussetzungen

¹ Ausserordentliche Finanzhilfen werden für Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung gewährt, welche über eine Bewilligung zur Heimpflege gemäss Artikel 2 Absatz 1 Litera a des Pflegekindergesetzes¹⁾ und eine Beitragsanerkennung gemäss Artikel 8 des Gesetzes über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden²⁾ verfügen.

² Familienergänzende Kinderbetreuungsangebote, die von der öffentlichen Hand betrieben werden, erhalten keine ausserordentlichen Finanzhilfen.

³ Ausserordentliche Finanzhilfen werden nur gewährt, wenn die Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung das notwendige Betreuungsangebot sicherstellen und betrieblich mögliche Massnahmen zur Minderung des Defizites eingeleitet haben.

Art. 3 Umfang der Finanzhilfen

¹ Ausserordentliche Finanzhilfen werden maximal im Umfang der entgangenen Beiträge der Erziehungsberechtigten ausgerichtet, welche die Betreuung der Kinder während der Dauer der Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus privat organisiert haben. Als entgangene Beiträge gelten jene Tarife, die die Erziehungsberechtigten den Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung schulden.

² Die Ersatzleistungen der Sozialversicherungen und ausserordentliche Erträge werden von den Finanzhilfen in Abzug gebracht. Ein allenfalls entgangener Gewinn wird nicht abgegolten.

Art. 4 Finanzierung

¹ Die Finanzierung der ausserordentlichen Finanzhilfen für Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung erfolgt durch den Kanton sowie durch die Wohnsitzgemeinden zu je 50 Prozent.

Art. 5 Einreichung der Gesuche

¹ Gesuche um die Gewährung von ausserordentlichen Finanzhilfen sind beim Sozialamt des Kantons Graubünden einzureichen.

II.

Keine Fremdänderungen.

¹⁾ BR [219.050](#)

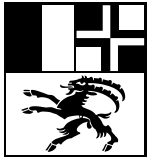
²⁾ BR [548.300](#)

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Verordnung tritt rückwirkend am 17. März 2020 in Kraft und gilt für die Dauer von sechs Monaten.



Sesida dals

7 d'avrigl 2020

Communitgà ils

14 d'avrigl 2020

Protocol nr.

256

Coronavirus (COVID-19)

Garanzia da la finanziaziun da las purschidas da la tgira d'uffants cumplementara a la famiglia

1. Regulaziun da la garanzia da la tgira d'uffants complementara a la famiglia necessaria per uffants da la vegliadetgna prescolara

Pervia da la derasaziun dal coronavirus ha il Cussegl federal declerà ils 16 da mars 2020 la situaziun sco "situaziun extraordinaria" tenor la Lescha d'epidemias. Tenor l'art. 5 al. 3 e 4 da l'Ordinaziun 2 davart las mesiras per cumbatter il coronavirus (COVID-19) (Ordinaziun 2 davart COVID-19; CS 818.101.24) ston ils chantuns procurar per las purschidas d'assistenza necessarias per uffants. Persunas spezialmain periclitadas na dastgan betg vegnir engaschadas per quest intent. Canortas d'uffants dastgan vegnir serradas mo, sche las autoritads cumpetentas prevesan autras purschidas d'assistenza adequatas. Questa regulaziun dal Cussegl federal è entrada en vigur ils 17 da mars 2020 e vala previsiblamain fin ils 19 d'avrigl 2020. L'execuziun è chaussa dals chantuns.

Cun il conclus dals 18 da mars 2020 (prot. nr. 229) ha la Regenza dal chantun Grischun fixà ch'ils purschiders da la tgira d'uffants complementara a la famiglia cuntinue-schian cun lur manaschi resguardond las mesiras da protecziun cunter il coronavirus da l'Uffizi federal da sanadad publica. Ils purschiders da la tgira d'uffants complementara a la famiglia procuran per purschidas da tgira per uffants, uschenavant ch'ina tgira privata n'è betg pussaivla.

2. Basegn d'agir

Las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia vegnan finanziadas en il chantun Grischun tenor la Lescha davart la promoziun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun (LTGU; DG 548.300) cun agid da contribuziuns da la vischnanca da domicil, dal chantun e da las personas responsablas per l'educaziun. Il basegn da purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia è vinavant avant maun er durant la situaziun extraordinaria. Plinavant exista l'obligaziun da mantegnair vinavant las purschidas. Las contribuziuns ordinaras a las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia vegnan perquai pajadas vinavant tras las vischnancas e tras il chantun.

Las mesiras fixadas da la Confederaziun per cumbatter il coronavirus chaschunan in conflict d'interess per las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia e per las parts che retiran prestaziuns. D'ina vart han ils purschiders l'obligaziun da mantegnair vinavant las purschidas. Da l'autra vart vegnan las familias obligadas da tgirar lur uffants sche pussaivel sin basa privata, per che la derasaziun dal coronavirus possia vegnir franada.

Perquai che las familias che tgirar lur uffants sin basa privata èn restrenschidas en quai che riguarda la retratga da la prestaziun da tgira, vegni giuditgà da maniera critica che las prestaziuns vegnan messas a quint vinavant a questas personas responsablas per l'educaziun, er sch'ils contracts d'assistenza mantegnan lur valaivladad e sche las personas responsablas per l'educaziun debiteschan giuridicamain las contribuziuns. I sa mussa ch'i vegnan a resultar perdidas d'entradas, perquai che las contribuziuns da las personas responsablas per l'educaziun vegnan a mancar.

Per tut las purschidas d'assistenza pertutgadas è periclitada l'esistenza pervia da las perdidas finanzialas resultantas. Per las purschidas, er per quellas cun in manaschi reducì, resultan perdidas finanzialas, perquai che lur entradas da las contribuziuns da las personas responsablas per l'educaziun èn sa reducidas, entant ch'ils custs fixes èn restads ils medems. En consequenza da quai sa mussa ina largia finanziaria che periclitescha l'esistenza dal manaschi da las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia.

3. Consequenzas finanzialas

La tariffa dals custs normads da las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia importa actualmain 9.05 francs per uffant ed ura da tgira. Las vischnancas da domicil ed il chantun sa participeschan cun mintgamai 20 pertschient (purschidas existentas) u 25 pertschient (purschidas novas) a quests custs normads. Ils ulteriurs custs ston vegnir cuvrids tras las contribuziuns da las persunas responsablas per l'educaziun. Quellas correspundan a ca. 60 pertschient da las entradas.

Conform a la LTGU ston las tariffas esser graduadas tenor la capaciad economica dals geniturs. Il maximum importa 120 francs per di.

L'onn 2019 han las purschidas da la tgira d'uffants gì custs totals da ca. 17,3 milliuns francs. Da quests custs èn var 40 pertschient resp. 6,9 milliuns francs vegnids finanziads tras il chantun e tras las vischnancas. L'import restant da ca. 10,4 milliuns francs è vegnì surpiglià tras contribuziuns dals geniturs e per part – en ina dimensiun fitg pitschna – tras donaziuns.

Pervia da las mesiras da l'Ordinaziun 2 davart COVID-19 sa mussi che l'occupaziun da las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia vegn a sa mover tranter 20 e 60 pertschient. Las organisaziuns han reducì correspondentamain il manaschi ed han annunzià lavur reducida. Uschia han pudì vegnir sbassads ils custs da las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia e vegnir segiradas las plazzas da lavur. Pervia da las contribuziuns mancantas da las persunas responsablas per l'educaziun resulta tuttina ina largia finanziaria stimada da totalmain 220 000 fin 270 000 francs per mais tar las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun.

Ils deficits che sa mussan n'èn betg supportabels per ils purtaders da las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia e pericliteschan il manaschi da las purschidas. Ina finanziaziun extraordinaria è perquai necessaria.

Tut en tut vegni quintà cun in basegn finanziel supplementar da var 1 milliun francs. Tenor la clav da finanziaziun vertenta sa participeschan las vischnancas cun 50 pertschient vi da quest basegn finanziel supplementar. La Cumissiun da gestiun dal

Cussegl grond vegn dumandada per in credit posteriur correspudent da maximalmain 1 milliun francs. Sche las mesiras da la Confederaziun durassan pli ditg che 3 fin 4 mais, stuess vegnir dumandà in ulteriur credit posteriur.

Er sin plaun federal vegnan discutads agids finansials a favur da las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia. Sch'er la Confederaziun avess da sustegnair las perditas d'entradas da las purschidas, sa reduciss correspudentamain il basegn finanziel per il chantun.

4. Regulaziun giuridica

La LTGU furma la basa giuridica per la finanziaziun regulara da las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia tras il chantun, tras las vischnancas e tras las persunas responsablas per l'educaziun.

Ina finanziaziun extraordinaria da las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia pervia da facturs exogens, sco las mesiras per cumbatter il coronavirus, n'è betg prevista en la LTGU.

Sa basond sin l'art. 48 da la Constituziun dal chantun Grischun (CC; DG 110.100) sto perquai vegnir relaschada in'ordinaziun d'urgenza che regla la finanziaziun extraordinaria da las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun pervia dal coronavirus. Questa ordinaziun sto vegnir approvada posteriuramain dal Cussegl grond. L'ordinaziun d'urgenza fixescha l'intent, las premissas, la dimensiun, la finanziaziun ed il post competent per la liquidaziun dals agids finansials extraordinaris.

5. Ordinaziun davart la finanziaziun extraordinaria da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun pervia dal coronavirus (Ordinaziun chantunala davart COVID-19 tgira d'uffants)

Art. 1 Intent ed object

Questa ordinaziun ha la finamira da reducir las consequenzas economicas negativas ch'èn resultadas en il sector da la tgira d'uffants complementara a la famiglia tras il cumbat cunter il coronavirus (COVID-19), d'impedir che las purschidas d'assistenza

vegnian donnegiadas duraivlamain ed uschia da gidar a mantegnair questas purschidas.

Sco mesiras da sustegn prevesa questa ordinaziun agids finansials extraordinaris per purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia che garanteschon la purschida d'assistenza necessaria per uffants sin fundament da l'art. 5 al. 3 e 4 da l'Ordinaziun 2 davart COVID-19.

Art. 2 Premissas

Agids finansials extraordinaris vegnan concedids per purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia che disponan d'ina permissiun per la tgira en chasas da dimora tenor l'art. 2 al. 1 lit. a da la Lescha davart ils uffants confidads (DG 219.050) e d'ina renconuschientscha da la contribuziun tenor l'art. 8 LTGU.

Purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia che vegnan manadas dal maun public na survegnan nagins agids finansials extraordinaris. Agids finansials extraordinaris vegnan concedids mo, sche las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia garanteschon la purschida da l'assistenza necessaria ed han instradà mesiras manaschialas pussaivlas per reducir il deficit.

Art. 3 Dimensiun dals agids finansials

Agids finansials extraordinaris vegnan pajads maximalmain en la dimensiun da la perdita da las contribuziuns da las persunas responsablas per l'educaziun, che han organisà sin basa privata l'assistenza dals uffants durant il temp da las mesiras per cumbatter il coronavirus. Sco contribuziuns persas valan quellas tariffas che las persunas responsablas per l'educaziun debiteschan a las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia.

Las prestaziuns da cumpensaziun da las assicuranzas socialas sco er retgavs extraordinaris vegnan deducids dals agids finansials. In eventual gudogn pers na vegn betg indemnità.

Art. 4 Finanziaziun

Ils agids finansials extraordinaris per purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia vegnan finanziads mintgamai per 50 pertschient tras il chantun sco er tras las vischnancas da domicil, conform a l'incumbensa cuminaivla fixada en l'art. 1 LTGU. Sin basa da l'art. 6 al. 2 LTGU sto la vischnanca da domicil sa participar almain en la medema dimensiun sco il chantun a la finanziaziun da las contribuziuns.

Art. 5 Inoltraziun da las dumondas

Dumondas da survegnir agids finansials extraordinaris ston vegnir inoltradas a l'Uffizi dal servetsch social chantunal dal Grischun.

Entrada en vigur

Questa ordinaziun entra en vigur retroactivamain ils 17 da mars 2020. Ella è valaivla per ina durada da 6 mais a partir da l'entrada en vigur.

La Regenza concluda:

1. L'Ordinaziun davart la finanziaziun extraordinaria da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun pervia dal coronavirus (Ordinaziun chantunala davart COVID-19 tgira d'uffants) vegn relaschada.
2. Las contribuziuns ordinarias a las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia vegnan pajadas vinavant l'onn 2020 tras las vischnancas e tras il chantun tenor la Lescha davart la promoziun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun (LTGU; DG 548.300).

Per evitar che las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia sustegnidas survegnian stretgas da liquiditad, po l'Uffizi dal servetsch social prestar pajaments anticipads l'onn 2020.

3. Communicaziun a:

- tut las vischnancas
- purschiders da la tgira d'uffants complementara a la famiglia (tras l'Uffizi dal servetsch social cun ina brev separada)
- Departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient
- Departament da finanzas e vischnancas
- Controlla da finanzas
- Administraziun da finanzas
- Departament da giustia, segirezza e sanadad
- Departament d'infrastructura, energia e mobilitad
- Cumissiun da gestiun
- Cumissiun per sanadad e fatgs socials
- Stab directiv chantunal
- Chanzlia chantunala (per publitgar en il Fegl uffizial chantunal, rubrica CUL, sco er per procurar per l'approvaziun posteriura da las regulaziuns tras il Cussegl grond)
- Departament d'economia publica e fatgs socials



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Chr. Rathgeb

Il chancelier:

Daniel Spadin

Ordinaziun davart la finanziaziun extraordinaria da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun pervia dal coronavirus (Ordinaziun chantunala davart COVID-19 tgira d'uffants)

Dals 07-04-2020

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov: –
Midà: –
Aboli: –

Sa basond sin l'art. 48 da la Constituziun chantunala

relaschada da la Regenza ils 7 d'avrigl 2020

I.

Art. 1 Intent ed object

¹ Questa ordinaziun ha la finamira da reducir las consequenzas economicas negativas ch'èn resultadas en il sector da la tgira d'uffants complementara a la famiglia tras il cumbat cunter il coronavirus (COVID-19), d'impedir che las purschidas d'assistenza vegnian donnegiadas duraivlamain ed uschia da gidar a mantegnair questas purschidas.

² Sco mesiras da sustegn prevesa questa ordinaziun agids finanzials extraordinaris per purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia che garanteschan la purschida d'assistenza necessaria per uffants sin fundament da l'artitgel 5 alinea 3 ed alinea 4 da l'Ordinaziun 2 davart las mesiras per cumbatter il coronavirus (COVID-19)¹⁾.

¹⁾ CS [818.101.24](#)

Art. 2 Premissas

¹ Agids finanziaus extraordinaris vegnan concedids per purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia che disponan d'ina permissiun per la tgira en chasas da dimora tenor l'artitgel 2 alinea 1 litera a da la Lescha davart ils uffants confidads¹⁾ e d'ina renconuschientscha da la contribuziun tenor l'artitgel 8 da la Lescha davart la promoziun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun²⁾.

² Purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia che vegnan manadas dal maun public na survegnan nagins agids finanziaus extraordinaris.

³ Agids finanziaus extraordinaris vegnan concedids mo, sche las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia garanteschon la purschida da l'assistenza necessaria ed han instradà mesiras manaschialas pussaivlas per reducir il deficit.

Art. 3 Dimensiun dals agids finanziaus

¹ Agids finanziaus extraordinaris vegnan pajads maximalmain en la dimensiun da la perdita da las contribuziuns da las persunas responsablas per l'educaziun, che han organisà sin basa privata l'assistenza dals uffants durant il temp da las mesiras per cumbatter il coronavirus. Sco contribuziuns persas valan quellas tariffas che las persunas responsablas per l'educaziun debiteschan a las purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia.

² Las prestaziuns da cumpensaziun da las assicuranzas socialas sco er retgavs extraordinaris vegnan deducids dals agids finanziaus. In eventual gudogn pers na veng betg indemnissà.

Art. 4 Finanziaziun

¹ Ils agids finanziaus extraordinaris per purschidas da la tgira d'uffants complementara a la famiglia vegnan finanziaus mintgamai per 50 pertschient tras il chantun sco er tras las vischnancas da domicil.

Art. 5 Inoltraziun da las dumondas

¹ Dumondas da survegnir agids finanziaus extraordinaris ston vegnir inoltradas a l'Uffizi dal servetsch social chantunal dal Grischun.

II.

Naginas midadas en auters relaschs.

¹⁾ DG [219.050](#)

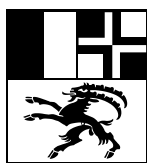
²⁾ DG [548.300](#)

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa ordinaziun entra en vigur retroactivamain ils 17 da mars 2020 ed è valaivla per ina durada da 6 mais.



Seduta del
7 aprile 2020

Comunicato il
14 aprile 2020

Protocollo n.
256

Coronavirus (COVID-19)

Garanzia del finanziamento delle offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia

1. Regolamentazione volta a garantire la necessaria assistenza complementare alla famiglia per bambini in età prescolare

A seguito della diffusione del coronavirus, in data 16 marzo 2020 il Consiglio federale ha proclamato la "situazione straordinaria" conformemente alla legge sulle epidemie. L'art. 5 cpv. 3 e 4 dell'ordinanza 2 del Consiglio federale sui provvedimenti per combattere il coronavirus (COVID-19) (Ordinanza 2 COVID-19; RS 818.101.24) stabilisce che i Cantoni provvedono alle necessarie offerte di servizi per la custodia dei bambini. Per l'accudimento non si può ricorrere a persone particolarmente a rischio. Le strutture di custodia collettiva diurna possono essere chiuse soltanto se le autorità competenti prevedono altre forme idonee di custodia. Questa disciplina di diritto federale è entrata in vigore il 17 marzo 2020 e sarà valida presumibilmente fino al 19 aprile 2020. L'esecuzione spetta ai Cantoni.

Nel decreto governativo del 18 marzo 2020 (prot. n. 229) il Governo del Cantone dei Grigioni ha stabilito che gli offerenti di assistenza ai bambini complementare alla famiglia portano avanti la loro attività tenendo conto dei provvedimenti adottati dall'Ufficio federale della sanità pubblica per combattere il coronavirus. Gli offerenti di assistenza ai bambini complementare alla famiglia provvedono alle offerte di assistenza ai bambini se non è possibile un accudimento privato.

2. Necessità di agire

Nel Cantone dei Grigioni le offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia vengono finanziate conformemente alla legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni (LAB; CSC 548.300) mediante sussidi del comune di domicilio, del Cantone e mediante rette versate dai titolari dell'autorità parentale. Anche durante la situazione straordinaria continua a esserci necessità di offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia. Inoltre vi è l'obbligo di mantenere operative le offerte. Per questa ragione i comuni e il Cantone continuano a erogare i sussidi ordinari destinati alle offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia.

I provvedimenti stabiliti dalla Confederazione per combattere il coronavirus comportano un conflitto di obiettivi per le offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia e per le persone che si avvalgono delle loro prestazioni. Da un lato gli offerenti hanno l'obbligo di mantenere operative le offerte. D'altro lato le famiglie sono tenute per quanto possibile ad accudire privatamente i bambini, affinché la diffusione del coronavirus possa essere arginata.

Poiché le famiglie in grado di accudire privatamente i loro figli ricorrono in misura limitata alla prestazione di assistenza, il fatto che le prestazioni continuino a essere fatturate a questi titolari dell'autorità parentale viene valutato in modo critico, anche se i contratti di assistenza conservano la loro validità e sotto il profilo giuridico i titolari dell'autorità parentale sono tenuti a versare le rette. Si sta delineando una situazione che comporta perdite di entrate a seguito del mancato versamento delle rette da parte dei titolari dell'autorità parentale.

Le perdite finanziarie che ne risultano mettono in pericolo la sopravvivenza di tutte le offerte di assistenza interessate. Le strutture di assistenza, anche quelle con attività ridotta, subiscono perdite finanziarie perché le entrate derivanti dalle rette dovute dai titolari dell'autorità parentale sono calate, mentre le spese fisse rimangono costanti. Di conseguenza si delinea una lacuna di finanziamento che mette a repentaglio la sopravvivenza delle offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia.

3. Conseguenze finanziarie

Attualmente la tariffa dei costi standard delle offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia ammonta a 9.05 franchi per bambino e ora di assistenza. I comuni di domicilio e il Cantone partecipano ai costi standard nella misura del 20 per cento (offerte esistenti) o del 25 per cento (nuove offerte) ciascuno. Le spese rimanenti devono essere coperte con le rette versate dai titolari dell'autorità parentale. Ciò corrisponde circa al 60 per cento delle entrate.

Conformemente alla legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia la graduazione delle tariffe è determinata dalla capacità economica dei genitori. L'importo massimo ammonta a 120 franchi al giorno.

Nel 2019 le strutture di assistenza ai bambini hanno dichiarato costi complessivi pari a circa 17,3 milioni di franchi. Il Cantone e i comuni hanno finanziato circa il 40 per cento di tale importo, ossia 6,9 milioni di franchi. L'importo residuo pari a circa 10,4 milioni di franchi è stato coperto con le rette versate dai genitori e in parte, per un importo molto esiguo, con donazioni.

A seguito dei provvedimenti previsti dall'ordinanza 2 COVID-19 emerge che il grado di occupazione delle offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia oscilla tra il 20 e il 60 per cento. Di conseguenza le organizzazioni hanno ridotto l'attività e hanno richiesto il lavoro ridotto. Ciò ha permesso di ridurre le spese a carico delle offerte dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia e di garantire la sicurezza dei posti di lavoro. Nonostante questo, il mancato versamento delle rette da parte dei titolari dell'autorità parentale per tutte le offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone comporta una lacuna di finanziamento compresa tra 220 000 e 270 000 franchi al mese.

I disavanzi che si stanno delineando sono insostenibili per gli enti responsabili delle offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia e mettono a repentaglio l'attività delle offerte. Per tale ragione è necessario un finanziamento straordinario.

Complessivamente si prevede che il fabbisogno finanziario supplementare ammonterà a circa un milione di franchi. In base alla chiave di ripartizione vigente dei finanziamenti, i comuni partecipano con una quota del 50 per cento. Alla Commissione della gestione del Gran Consiglio viene richiesto un credito suppletivo corrispondente per un importo lordo pari al massimo a un milione di franchi. Se la durata dei provvedimenti adottati dalla Confederazione dovesse superare i tre-quattro mesi, occorrerebbe richiedere un nuovo credito suppletivo.

Gli aiuti finanziari a favore di offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia sono oggetto di discussione anche a livello federale. Se anche la Confederazione dovesse fornire un sostegno per sopperire alle perdite di entrate delle offerte, il fabbisogno di finanziamento del Cantone si ridurrebbe in misura corrispondente.

4. Regolamentazione giuridica

La LAB costituisce la base giuridica per il finanziamento regolare delle offerte di assistenza complementare alla famiglia da parte del Cantone, dei comuni e dei titolari dell'autorità parentale.

La LAB non prevede un finanziamento straordinario delle offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia dovuto a fattori esogeni, com'è il caso per i provvedimenti per combattere il coronavirus.

In virtù dell'art. 48 della Costituzione del Cantone dei Grigioni (Cost. cant.; CSC 110.100) è quindi necessario emanare un'ordinanza di necessità che disciplini il finanziamento straordinario delle offerte di assistenza complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni a seguito del coronavirus. Essa dovrà essere approvata dal Gran Consiglio a posteriori. L'ordinanza di necessità stabilisce lo scopo, i requisiti, l'entità, il finanziamento e il servizio competente per la gestione degli aiuti finanziari straordinari.

5. Ordinanza concernente il finanziamento straordinario dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni a seguito del coronavirus (ordinanza cantonale COVID-19 sull'assistenza ai bambini)

Art. 1 Scopo e obiettivi

La presente ordinanza ha l'obiettivo di ridurre l'impatto economico negativo della lotta al coronavirus (COVID-19) sul settore dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia, di evitare che le offerte di assistenza subiscano danni duraturi e di contribuire in tal modo alla loro conservazione.

Quali misure di sostegno la presente ordinanza prevede aiuti finanziari straordinari per offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia che in base all'art. 5 cpv. 3 e 4 dell'ordinanza 2 COVID-19 garantiscono le necessarie offerte di servizi per la custodia dei bambini.

Art. 2 Requisiti

Gli aiuti finanziari straordinari vengono concessi per offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia che dispongono di un'autorizzazione per l'accoglimento in un istituto conformemente all'art. 2 cpv. 1 lett. a della legge sull'affiliazione (CSC 219.050) e di un riconoscimento ai fini della concessione di sussidi conformemente all'art. 8 LAB.

Offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia gestite dall'ente pubblico non beneficiano di aiuti finanziari straordinari. Gli aiuti finanziari straordinari vengono concessi solo se le offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia garantiscono le necessarie offerte di servizi per la custodia e hanno avviato misure possibili sotto il profilo operativo al fine di ridurre il disavanzo.

Art. 3 Entità degli aiuti finanziari

Gli aiuti finanziari straordinari vengono erogati per un importo massimo corrispondente alle rette perse a carico dei titolari dell'autorità parentale che per la durata dei provvedimenti per combattere il coronavirus hanno organizzato privatamente l'assistenza ai bambini. Sono considerate rette perse quelle tariffe che i titolari dell'autorità parentale devono alle offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia.

Le prestazioni sostitutive erogate dalle assicurazioni sociali e ricavi straordinari vengono dedotti dagli aiuti finanziari. Un eventuale guadagno perso non viene compensato.

Art. 4 Finanziamento

Gli aiuti finanziari straordinari per offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia vengono finanziati dal Cantone nonché dai comuni di domicilio in ragione del 50 per cento ciascuno in conformità al compito condiviso stabilito nell'art. 1 legge LAB. In virtù dell'art. 6 cpv. 2 della LAB il comune di domicilio è tenuto a partecipare al finanziamento dei sussidi perlomeno nella stessa misura del Cantone.

Art. 5 Inoltro delle domande

Le domande di concessione di aiuti finanziari straordinari devono essere inoltrate all'Ufficio del servizio sociale del Cantone dei Grigioni.

Entrata in vigore

La presente ordinanza entra in vigore con effetto retroattivo al 17 marzo 2020. Essa si applica per un periodo di sei mesi dall'entrata in vigore.

Il Governo decreta:

1. L'ordinanza concernente il finanziamento straordinario dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni a seguito del coronavirus (ordinanza cantonale COVID-19 sull'assistenza ai bambini) viene emanata.
2. Nel 2020 i comuni e il Cantone continuano a erogare i sussidi ordinari destinati alle offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia conformemente alla legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni (LAB; CSC 548.300).

Nel 2020 l'Ufficio del servizio sociale può versare anticipi al fine di evitare che offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia che beneficiano di sostegno si trovino ad affrontare problemi di liquidità.

3. Comunicazione a:

- Tutti i comuni
- Offerenti di assistenza ai bambini complementare alla famiglia (mediante scritto separato dell'USo)
- Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente
- Dipartimento delle finanze e dei comuni
- Controllo delle finanze
- Amministrazione delle finanze
- Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità
- Dipartimento infrastrutture, energia e mobilità
- Commissione della gestione
- Commissione per la sanità e la politica sociale
- Stato maggiore di condotta cantonale
- Cancelleria dello Stato (per la pubblicazione nel Foglio ufficiale cantonale, rubrica AGS, nonché affinché provveda all'approvazione a posteriori da parte del Gran Consiglio)
- Dipartimento dell'economia pubblica e socialità



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Chr. Rathgeb

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Ordinanza concernente il finanziamento straordinario dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni a seguito del coronavirus (Ordinanza cantonale COVID-19 sull'assistenza ai bambini)

Del 7 aprile 2020

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo: –

Modificato: –

Abrogato: –

emanata dal Governo il 7 aprile 2020

visto l'art. 48 della Costituzione cantonale

I.

Art. 1 Scopo e oggetto

¹ La presente ordinanza ha l'obiettivo di ridurre l'impatto economico negativo della lotta al coronavirus (COVID-19) sul settore dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia, di evitare che le offerte di assistenza subiscano danni duraturi e di contribuire in tal modo alla loro conservazione.

² Quali misure di sostegno la presente ordinanza prevede aiuti finanziari straordinari per offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia che in base all'articolo 5 capoverso 3 e capoverso 4 dell'ordinanza 2 sui provvedimenti per combattere il coronavirus (COVID-19)¹⁾ garantiscono le necessarie offerte di servizi per la custodia dei bambini.

¹⁾ [RS 818.101.24](#)

Art. 2 Requisiti

¹ Gli aiuti finanziari straordinari vengono concessi per offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia che dispongono di un'autorizzazione per l'accogliamento in un istituto conformemente all'articolo 2 capoverso 1 lettera a della legge sull'affiliazione¹⁾ e di un riconoscimento ai fini della concessione di sussidi conformemente all'articolo 8 della legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni²⁾.

² Offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia gestite dall'ente pubblico non beneficiano di aiuti finanziari straordinari.

³ Gli aiuti finanziari straordinari vengono concessi solo se le offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia garantiscono le necessarie offerte di servizi per la custodia e hanno avviato misure possibili sotto il profilo operativo al fine di ridurre il disavanzo.

Art. 3 Entità degli aiuti finanziari

¹ Gli aiuti finanziari straordinari vengono erogati per un importo massimo corrispondente alle rette perse a carico dei titolari dell'autorità parentale che per la durata dei provvedimenti per combattere il coronavirus hanno organizzato privatamente l'assistenza ai bambini. Sono considerate rette perse quelle tariffe che i titolari dell'autorità parentale devono alle offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia.

² Le prestazioni sostitutive erogate dalle assicurazioni sociali e ricavi straordinari vengono dedotti dagli aiuti finanziari. Un eventuale guadagno perso non viene compensato.

Art. 4 Finanziamento

¹ Gli aiuti finanziari straordinari per offerte di assistenza ai bambini complementare alla famiglia vengono finanziati dal Cantone nonché dai comuni di domicilio in ragione del 50 per cento ciascuno.

Art. 5 Inoltro delle domande

¹ Le domande di concessione di aiuti finanziari straordinari devono essere inoltrate all'Ufficio del servizio sociale del Cantone dei Grigioni.

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

¹⁾ CSC [219.050](#)

²⁾ CSC [548.300](#)

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente ordinanza entra in vigore con effetto retroattivo al 17 marzo 2020 e si applica per un periodo di sei mesi.